

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
01- 03/2009 / Nr. 24

Auch uns reicht es – wir fordern echte Mitbestimmung!



Liebe Leser!

Wir sind in größter Sorge. Still und heimlich – die Medien spielen hier offenbar wieder gut mit – versuchen Brüssel und seine Handlanger in den Mitgliedsländern die EU-Verfassung (verharmlosend „Vertrag von Lissabon“ genannt) auf Schiene zu bringen. Nur Irland könnte für sie noch ein Stolperstein werden. Wir hoffen das sehr.

Andererseits müssen wir doch auch damit rechnen, dass der schlimmste Fall eintritt und die Iren durch gezielt gestreute Zugeständnisse zu einem Ja verlockt werden. Damit wäre vermutlich die letzte wesentliche Barriere gegen das In-Kraft-Treten des EU-Verfassungsvertrages gefallen.

Für uns ergibt sich daraus folgende Konsequenz: Die österreichische Bevölkerung muss die Möglichkeit erhalten, **als letzten Rettungsanker** in einer Volksabstimmung über diesen Verfassungsvertrag zu entscheiden. Da die derzeitige Bundesregierung sie der Bevölkerung nicht zugestehen wird, **muss ein Volksbegehren für direkte Demokratie gestartet und durchgeführt werden!**

Entsprechend den Zielsetzungen der NFÖ soll jedoch nicht nur dieser EU-„Reform“-Vertrag verpflichtend einer Volksabstimmung unterzogen werden, sondern in Zukunft ohne Ausnahme alle EU-Verträge und sonstige völkerrechtliche Verträge, sowie Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres.

Darüber hinaus müssen die Bürger/innen, wann immer sie es in einer Sachfrage wünschen und die Unterstützung von mindestens 100.000 Stimmberechtigten nachweisen können (ähnlich dem Vorbild Schweiz), einen Volksentscheid herbeiführen können.

Nun gilt es einen allerersten Schritt zu setzen und mit **8.000** (0,1 % d. Bevölkerung) **gesetzlich vorgeschriebenen Unterstützungserklärungen** ein Volksbegehren einzuleiten, um Volksabstimmungen zu den genannten Themen möglich zu machen, deren Ergebnisse Parlament und Regierung zur Umsetzung verpflichten.

Zu diesem Zweck organisieren wir zur Zeit eine **Plattform für direkte Demokratie**, auf die wir etwa 30 andere politische Initiativen und Kleinparteien einladen, die, wie wir, von der außerordentlichen Wichtigkeit echter direkter Demokratie

überzeugt sind und sich mit uns dafür einsetzen wollen.

Bitte helfen Sie mit! Gehen Sie auf Ihr Gemeindeamt bzw. die zuständige Magistratsabteilung und unterschreiben Sie eines der beiden beigelegten Unterstützungserklärung-Formulare! Erläuterungen dazu finden Sie auf der Rückseite des Blattes. Das **zweite Exemplar** der Unterstützungserklärung können Sie als Kopiervorlage verwenden und mit Empfehlungen weitergeben. Wir schicken Ihnen auf Wunsch weitere Formulare auch gerne zu.

Für die bisher geleisteten Spenden, von denen einige sehr großzügig ausgefallen sind, möchte ich **auf diesem Weg sehr herzlich**



Inhalt:

- EU-Volksbegehren startet S. 1
- Mehr Volksmacht..... S. 2/3
- Neue EU-Propaganda-Lüge S. 2/3
- Gaskrise..... S. 3/4
- Auslandseinsätze des BH..... S. 4
- Staatshilfe für Banken..... S. 4
- Wußten Sie ?..... S. 5
- Lesermeinungen S. 5
- Positives, Erfreuliches S. 5/6
- Impressum..... S. 6

lich danken! Wir haben unseren Anteil der Schachtschneider-Klagekosten bis auf einen Rest von ca. 1000 Euro inzwischen begleichen können und ich bitte halt wieder einmal um Unterstützung unserer neuen Aufgabe, der **Durchsetzung verbindlicher Volksabstimmungen in Österreich**, ohne auf einen Gnadenakt unserer politischen „Vertreter“ im Parlament angewiesen zu sein.

Zuletzt noch eine Information zu der im Oktober eingebrachten Schachtschneider-Verfassungsklage. **Sie ist nach wie vor aufrecht** – wir rechnen frühestens im Juni mit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes.

Ihr
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann

Mehr Volksmacht – Abstimmungen in Sachfragen!



Siegfried Eder

Wir wollen keine gelenkte Demokratie, keine Führer-Demokratie, keine Parteiführer-Demokratie, keine Schein-Demokratie, keine Geldschein-Demokratie, keine Rede-Eliten-Demokratie, keine Konkurrenz-Demokratie und auch keine repräsentative Demokratie, was wir wollen ist die **direkte Demokratie**.

Das bedeutet, das Recht jedes/r Einzelnen auf unmittelbare Mitbestimmung an der Gesetzgebung oder kürzer: **Volksmacht durch Abstimmungen über Sachfragen**.

Unsere Volksvertreter/innen in den Parlamenten reden uns ein, daß wir ohnehin einige „Instrumente der direkten Demokratie“ hätten, und sie zählen auf: Begehren, Befragung, Bürgerinitiative, Petition. Noch was? Ach ja, das Parlament kann uns eine Volksabstimmung **gewähren!?** Lassen wir uns nicht täuschen, das sind

Instrumente wie zu Kaisers Zeiten. Wir brauchen wieder einen verstärkten Föderalismus, mehr Selbständigkeit der Länder, und keinen Präsidenten des Bundes mit 24.000 Euro monatlich Gehalt fürs Hände-Schütteln, fürs EU-Lobhudeln und Herumreisen in der Welt.

Volksouveränität
statt Bürgermeisterei.

Volksouveränität
statt Landesfürsten.

Volksouveränität
statt Partei-Könige.

Vor einigen Jahren stand auf der ersten Seite einer Tageszeitung: „Schlüssel läßt Volk abstimmen.“ Das ist deren Verständnis von direkter Demokratie!

Wir müssen ihre Macht beschneiden, anstatt hinterher immer wieder über Macht-Mißbrauch zu jammern.

Wir fordern die Änderung der Bundesverfassung dahingehend, daß das Volk in Sachfragen jederzeit eine Volksabstimmung durchführen kann.

In Österreich muß das Volk das letzte Wort haben!

Den Bock zum Gärtner gemacht

Die Wirtschaftskrise treibt mitunter seltsame Blüten. Jetzt wird sie sogar dafür herangezogen, den Österreichern die EU (wieder) schmackhaft zu machen, nachdem durch die rund um den EU-Lissabon-Vertrag (= EU-Verfassung) zutage getretene haarsträubende Demokratie-Auffassung der politischen Machthaber die Sympathiewerte der Österreicher für die EU gänzlich in den Keller gerasselt sind. Die Wirtschaftskrise als Mittel zur Schadensbegrenzung sozusagen.

Die EU sei eine Alternative zur Globalisierung, wird behauptet. Die Staaten Europas würden ohne EU und Euro schutzlos den globalisierten und krisengeschüttelten Finanzmärkten ausgeliefert sein, wie zum Beispiel Island. Allein eine große Wirtschafts- und Währungseinheit könne uns vor Währungsspekulationen und einem gänzlichen Absturz bewahren.

Was für eine Augenauswischerei!
Wie sollte uns die EU vor der Globalisierung schützen, wenn sie

ein Teil der Globalisierung ist?

Globalisierung ist ja nichts anderes als die **weltweite Anwendung der vier EU-Grundfreiheiten**, der Personen- (gemeint sind vor allem Arbeitskräfte), Waren-, Dienstleistungs- und nicht zuletzt **Kapitalverkehrsfreiheit**. Und hat nicht die EU die Verhandlungen mit der WTO den Nationalstaaten entzogen, um selbst darauf Einfluss nehmen und gemeinsam mit der USA immer weitreichendere Liberalisierungen der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte



*So ist es halt bei uns
jetzt Brauch:
Vor Brüssel liegt man
auf dem Bauch -
Hauptsache war,
man hat „im Liegen“
den Schandvertrag
brav unterschrieben.*

*Franz Weinpolter, Wien
(KrZ., 8.6.08)*

fordern zu können? Und wenn dann gerade aufgrund dieses überzogenen Wirtschaftsliberalismus und der unersättlichen menschlichen Gier eine Wirtschaftskrise ausbricht, dann wird genau derjenige, der das alles ermöglicht und vorangetrieben hat, als „Retter in der Not“ aus dem Hut gezaubert! Für wie blöd hält man uns eigentlich?

Zum Fall Island: Eine extrem kleine Volkswirtschaft wie die isländische mit nur 300 000 Einwohnern kann von Währungs- und Finanzspeku-

lantem natürlich schneller als größere Einheiten an die Wand gefahren werden. Es ist aber grundsätzlich zu fragen:

Haben sich die Wirtschaftssysteme nach den Spekulanten zu richten oder soll nicht vielmehr die internationale Finanzwirtschaft Regeln unterworfen werden, die dem Ausverkauf ganzer Volkswirtschaften von vorneherein einen Riegel vorschieben?

Wird das nicht getan, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis die „Heuschrecken“ nach der jetzigen Generalprobe zum Angriff auch auf größere Wirtschafts- und Währungseinheiten blasen.

Und dann gute Nacht! Vorher wurde man eingelullt und hat sich im blinden und falschen Glauben an Großstrukturen in Sicherheit gewogen. Und dann kommt der Zusammenbruch eines riesigen Wirtschaftssystems, überraschend, umfassend, ohne Ausweichmöglichkeit.

Werden wir also in unserem eigenen Interesse nicht müde, eine we-

sentlich **stärkere Regulierung der Finanzmärkte** als bisher und die **Schutzfunktion des Staates** für seine Bürger einzufordern. Entlarven wir das Argument, die EU schütze uns vor den Auswirkungen der Globalisierung, als das was es ist: **eine weitere Propaganda-Lüge der „Macht- und Finanz-Eliten“** mit dem Zweck, die wirklichen Zusammenhänge zu verschleiern und die Bürger und Völker Europas weiterhin ohne nennenswerte Widerstände ausbeuten zu können. (nos)



Die EU selbst ist die Harmonisierungs- und Globalisierungs-Antriebsmaschine

Brisante Videos

Wir können Ihnen eine Video-DVD-Packung (2 DVDs) über den Uni-Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Karl Schachtschneider (am 22.10. 2008), über die Überreichung der Klage und die Pressekonferenz gegen einen Kostenersatz von 16 Euro plus Porto zusenden und ebenso eine DVD über den hochaktuellen Euro-Vortrag des Währungsexperten Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Hankel (am 9. 10.2008 in Wien) zum Preis von 16 Euro.

Bestelladresse: NFÖ, 6010 Ibk., Postfach 110 oder Tel: 0699-10086924, oder buend-nis@nfoe.at

Gas- und andere Krisen

Nun fließt das russische Erdgas wieder nach Österreich. Einige Wochen konnten wir aus angelegten Vorräten versorgt werden. Andere Abnehmerländer hatten wegen fehlender Speicher große Versorgungslücken. Diese Gaskrise zeigt uns wieder deutlich die bedrohliche **Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten.**

Zur Verbesserung der Versorgung ist der Bau einer Pipeline aus dem iranischen Raum über die Türkei geplant (Nabucco). Gleichzeitig kom-

men Meldungen über ein Junktim (angeknüpfte Bedingung) aus der Türkei: **Zustimmung zur Pipeline nur bei EU-Beitritt der Türkei.**

Damit ist Österreich ebenso **erpressbar** wie bei der russischen Pipeline. Überdies sind die Erdgasvorräte nur beschränkt verfügbar und keine langfristige Option.

Wenn wir eine gewisse **politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit** bewahren oder erreichen wollen, müssen wir eine **Verringerung der**

Abhängigkeit von ausländischen Versorgern (Energie, Lebensmittel etc.) anstreben!

Wir haben noch einige Möglichkeiten bei der Stromerzeugung aus Wasserkraft sowie Strom aus Windkraft und Solarenergie („jedes Haus erzeugt Solarstrom“) die derzeit noch ungenützt sind. Weiters wäre wichtig, eine **sparsamere Nutzung der Energie** (bessere Isolation der Gebäude, sparsamere Elektrogeräte). Mit der Verwirklichung dieser genannten Maßnahmen können inlän-



dische Arbeitsplätze gesichert bzw. neue geschaffen werden. Ebenso ist eine verstärkte **gentechnikfreie** Lebensmittel- und Futterproduktion aufzubauen, um nicht von **Lebensmittelimporten abhängig** und erpressbar zu sein. Schlussendlich **müssen unsere Wasservorräte**

geschützt und gesichert werden. Wenn unsere Politiker wirklich für Österreich und die Österreicher sind, müssten solche Autarkiebestrebungen (hoher Selbstversorgungsgrad!) in einer nationalen Anstrengung massiv unterstützt werden. (fg)

EU will Österreichs Neutralität abschaffen

So steht es im Bundesverfassungsgesetz (BVG Neutralität Österreichs): „Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit **allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen**. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen“.

Die Praxis sieht anders aus: Während für die Landesverteidigung immer weniger Geld zur Verfügung steht, werden hunderte Millionen Euro zur Anschaffung von gepanzerten Fahrzeugen und Flugfunksystemen – **für Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres bereitgestellt!** („Die Presse“ vom 14.1.2009)

Die NFÖ wehrt sich gegen die Abschaffung der Neutralität!!



Dazu kommt noch, daß der Vertrag von Lissabon die Sicherheits- und Verteidigungsunion deutlich weiterentwickelt, sobald der EU-Rat dies einstimmig beschlossen hat. Auch Österreich wird durch den Vertrag nach Art. 28 verpflichtet, „*seine militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern*“, im Klartext, auf Weisung von Brüssel um für Auslandseinsätze besser gerüstet zu sein.

Für Landesverteidigung und Katastrophenschutz im Inland ist aber dann kein Geld da. (hs)

Braucht Österreich Zuwanderer ?

„Wir müssen uns zu Zuwanderung bekennen und nach transparenten Regeln jene Zuwanderer aussuchen, die wir aus wirtschaftlichen Gründen brauchen und haben wollen“, forderte heute der Präsident der Industriellenvereinigung (IV), Veit Sorger beim Alpbacher Finanzsymposium. Der Faktor Mensch, egal welcher Nationalität, werde im Wettbewerb um den besten Standort immer wichtiger.

Um im Wettbewerb um internationale Spitzenkräfte wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse Österreich seine Attraktivität ausbauen. Mitbewerber, speziell aus Mittel- und Osteuropa, würden immer besser werden und holten im Rennen um internationale Headquarters auf. „Wir hören immer nur: Die Mittelbetriebe sind wichtig, aber ohne große Leitbetriebe gibt es auch keine KMUs“, so Sorger.

(Quelle: ORF, 2.10.08)

Die NFÖ lehnt Zuwanderung ab. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung sollte nicht mehr erhöht werden! Die Industriellenvereinigung denkt ausschließlich eindimensional an wirtschaftliche Ziele ihrer Großbetriebe, nicht jedoch an mögliche Spannungen und Ängste in der Bevölkerung.

Es gibt nur eine akzeptable Lösung, die den inneren Frieden im Land bewahren hilft: Rechtzeitige und verstärkte Ausbildungsmöglichkeiten in jenen Fachkräfte-Bereichen schaffen, für die ein Mangel erkannt worden ist.

Den Kleinen nimmt man's, den Großen gibt man's,

Rumänien und Bulgarien sind, obwohl sie die EU-Aufnahmekriterien eindeutig nicht erfüllt haben, auf massiven Druck von Banken und Großunternehmen dennoch vorzeitig in die EU aufgenommen worden, in der Erwartung überproportionaler Gewinne. Jetzt, wo plötzlich wirtschaftliche

Schwierigkeiten auftreten, verlangen sie - sehr wahrscheinlich mit Erfolg - staatliche Unterstützung in Milliardenhöhe, d.h. vom österreichischen Steuerzahler!

Wir wüßten gerne, was sie mit ihren überdimensionalen Gewinnen gemacht haben? Wer hat sie in die Tasche gesteckt? Für wesent-

liche Aufgaben – im Gesundheitswesen, in der Bildung und bei den Pensionen hat der österreichische Staat seit Jahren kein Geld. Müssen mit den Einsparungen aus den Pensionsreformen die Banken unterstützt werden....damit Manager und Aktionäre weiterhin in Saus und Braus leben können?? (fd)

WUSSTEN SIE . . . ?

Kinder sind durch die neuen EU-Grenzwerte besonders gefährdet

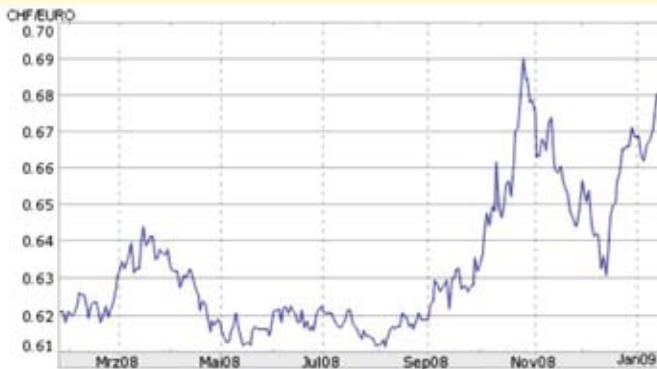
Die EU hat die Höchstgrenzen für Pflanzengifte (Pestizide) in Obst und Gemüse harmonisiert (vereinheitlicht !) Von 171 Pestiziden wurden die Grenzwerte im Vergleich zu den österreichischen um das 1,65 bis 1000-fache angehoben, berichtete der Biochemiker Dr. Helmut Burtscher auf der Global 2000-Presskonferenz in Wien am 29.5.08. Das EU-Gesetz trat mit 1. September 2008 in Kraft.

Die NFÖ empfiehlt Konsumenten, die Pestizide im Essen vermeiden wollen, biologisch erzeugte Lebensmittel zu kaufen.

Neuer EU-Irrsinn



Grafik: tz München, 2.9.2008



Nationale Währungen in echten Demokratien sind „härter“

Der **Schweizer Franken** hat seit Beginn der Finanzkrise, also im letzten Jahresquartal 2008, gegenüber dem Teuro um ca. 6 Prozent Wert zugelegt

So schaut die Wirklichkeit aus (s. Diagramm).

Lesermeinungen

Vertrauensvorschuß verspielt

Lieber Herr Werner Faymann, in Ihrem Leserbrief in der „Krone“ vom 2.12.2008 schreiben Sie: „Meine Aufgabe und die meines Regierungsteams wird es sein, den Österreicherinnen und Österreichern Vertrauen zu geben“.

Wie wollen Sie uns etwas geben, was Sie bereits verloren haben? Wir haben das Vertrauen zu Ihnen verloren, weil Sie bei der Wahlpropaganda lauthals versprochen haben: „Keine

EU-Vertragsunterzeichnungen ohne vorherige Volksabstimmung“. Das hat der SPÖ immerhin noch 21,24% an Stimmen aller wahlberechtigten Bürger gebracht.

Jetzt nach der Wahl sagen Sie „Gegen den Willen des Koalitionspartners ÖVP (18,52% Stimmen stark) soll es keine Volksabstimmungen geben...“ (Kronenzeitung, 24.11.2008)

Weiters schreiben Sie in Ihrem Leserbrief: „Wir bekennen uns zur im-

merwährenden Neutralität...“ Ein Bekenntnis zu einer Neutralität, die es nicht mehr gibt, weil sie schon beinahe zur Gänze abgebaut worden ist. Mein Vertrauensvorschuß, den ich Ihnen vor der Wahl gegeben habe, haben Sie nach der Wahl in den Müllimer geschmissen.

Völs im Inntal, am Tag der Angelobung der neuen Bundesregierung (2.12.2008), Ernst Holztrattner

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...

Ein Vorbild für die Bundes-SPÖ ?

Die Bregenzer Bürger sind am 8. März 2009 zu einer Volksabstimmung über die Neugestaltung des Bregenzer Hafengeländes aufgerufen. Die Vorarlberger-SPÖ hat als einzige Partei zur Abhaltung dieser

Volksabstimmung mehr als 4.400 Unterschriften gesammelt - notwendig wären 3.969 gewesen. Damit hat der Parteivorsitzende Michael Ritsch sein Wahlversprechen eingelöst, dass die Bürger bei Zukunft-

projekten wie z.B. die Seeanlagen das letzte Wort haben müssen.

Erfreulich wäre es , wenn dieses Beispiel in ganz Österreich Schule machen würde.

Es gibt sie, die jungen Idealisten – wir hoffen auf viele Nachahmer/innen !



Minnesänger
Ulrich v.
Liechtenstein
erwähnte
1227
erstmal
urkundlich
Mürzzu-
schlag.

Dass durch die Zulassung von gentechnisch verändertem Getreide sowie generell von Lebensmitteln die Gesundheit der gesamten Bevölkerung langfristig großen Schaden er-

leiden kann, das wollte die noch in Ausbildung stehende **Birgit Bauernhofer** aus Mürzzuschlag nicht einfach schicksalhaft hinnehmen. Sie organisierte und bewarb Ende Oktober 2008 eine Informationsveranstaltung, an der das Gentechnik-Thema von den beiden Referenten Dipl.-Ing. Volker Helldorff (Plattform Ärzte, Bauern und Juristen gegen Gentechnahrung) und Richard L. Tomasch (Plattform ProLeben - AntiGentechnik) mit viel Einfühlvermögen und einer Prise Humor den Zuhörern nahegebracht wurde.

Das blieb nicht ohne Wirkung. Bald danach wurde auf einer Gemeinderatssitzung ein Antrag eingebracht

und einstimmig die Resolution „**Mürzzuschlag – Gentechnikfreie Gemeinde**“ beschlossen.

Zudem legte sich die Gemeinde die Verpflichtung auf, bewusstseinsbildende Maßnahmen für ihre Bewohner und Handelsbetriebe durchzuführen. Weiters will Mürzzuschlag alle Bundes- und Landespolitiker auffordern, dafür Sorge zu tragen, dass in ganz Österreich keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel angebaut oder freigesetzt werden dürfen.

Wir freuen uns mit der engagierten jungen Dame Birgit Bauernhofer über den Erfolg ihrer Initiative sehr.

Volksentscheide in Hamburg jetzt verbindlich

Mehr als zehn Jahre wurde gestritten, jetzt gibt es eine Lösung: Volksentscheide müssen in Hamburg umgesetzt werden! Ein Erfolg, den sich vor allem die kleinen Parteien auf die Fahnen schreiben dürfen. Der Streit erreichte einen Höhepunkt, als die CDU-Alleinregierung 2004 städtische Krankenhäuser gegen den Volkswillen verkaufte und wenig später ein vom Volk beschlossenes Wahlrecht wieder änderte.

Ähnliches soll in Zukunft nicht mehr möglich sein. Zwar dürfen Bürger-

schaft und Senat weiterhin Volksentscheide kippen oder ändern. Allerdings brauchen sie **dazu wiederum die Zustimmung des Volkes!** Sollten 2,5 Prozent der Bürger – etwa 30.000 Menschen – per Unterschrift erklären, dass sie die Änderungen nicht akzeptieren, müssen Senat oder Parlament ihre Wünsche dem Volk in einem neuen Volksentscheid vortragen.

Es sei ein historischer Tag und ein Durchbruch für die direkte Demokratie, so der Verfassungsexperte Farid Müller. Und Frank Teichmüller von

der Initiative „Für faire und verbindliche Volksentscheide“ jubelte: „**Eine solche Regelung gibt es bisher nur in der Schweiz.**“ (Quelle: *Hamburger Morgenpost*, 7.11.2008)



Hamburg – „die Schweiz des Nordens“

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Noch eine Bitte. Es kommt derzeit zu einer verstärkten Anzahl von Rücksendungen durch die Post, wobei als Begründung für die Nichtzustellung oft eine mangelhafte Adresse angegeben wird. Falls Sie längere Zeit keine Zusendung von uns erhalten haben und eine wünschen, dann prüfen Sie bitte die Adressierung Ihrer letzten Zusendung auf Richtigkeit. Wenn Sie einen Fehler vorfinden und/oder mehr als drei Monate keine Zusendung erhalten haben, bitte um Benachrichtigung an NFÖ, 6010 Innsbruck, Postfach 110 oder an die Tel. 0699-10086924